

<b>Protokoll:</b>	<b>Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	182
		<b>TOP:</b>	4
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	936/2019
		<b>GZ:</b>	SI
<b>Sitzungstermin:</b>	25.11.2019		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Dr. Sußmann		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Wohlmann (Caritasverband für Stuttgart e. V.)		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Krasovskij / de		
<b>Betreff:</b>	<b>Orientierungsberatungsstelle (OBS) und Zentrale An- laufstelle (ZAS) für neuzugewanderte EU-Bürger/-innen</b>		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 05.11.2019, GRDRs 936/2019. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Herr Wohlmann (Caritasverband für Stuttgart e. V.) informiert die Ratsmitglieder analog der Vorlage über die Arbeit der Orientierungsberatungsstelle (OBS) und der Zentralen Anlaufstelle (ZAS) für neuzugewanderte EU-Bürger/-innen.

Abweichend von der Vorlage liefert der Referent aktuelle Zahlen bezüglich der Anzahl der Beratungskontakte. Durch die ZAS seien seit Projektbeginn im Januar dieses Jahres bis heute 434 Personen für eine Beratung erreicht worden, darunter 108 Frauen und 326 Männer.

Im Verlauf der Aussprache betonen StRin Ciblis (90/GRÜNE) und StRin Dr. Hackl (SPD) die Wichtigkeit der Beratungsarbeit von OBS und des Nachfolgeprojektes ZAS.

StRin Ciblis hebt als besonders positiv hervor, dass die Zielgruppe von ZAS im Zuge der Weiterentwicklung des Projektes um Familien und Alleinerziehende mit Kindern erweitert worden sei und nun auch diese Personen gezielt unterstützt würden. Ferner begrüßt die Stadträtin die ausdifferenzierte Methodik im Rahmen der Beratungsarbeit sowie die gute Vernetzung zu den anderen Beratungs- und Unterstützungsangeboten der Wohnungsnotfallhilfe.

Gegenüber StRin Ciblis bestätigt Herr Wohlmann, dass Klienten/-innen auch nach Besuchen in Tagesstätten oder Fachberatungsstellen der Wohnungsnotfallhilfe zur weiteren Beratung an die ZAS vermittelt würden, was in der alltäglichen Arbeit der jeweiligen Einrichtungen durchaus zu einer gewissen Entlastung führe. Dennoch seien die Tagesstätten und Fachberatungsstellen für diese Personengruppe auch weiterhin ein unentbehrliches niedrigschwelliges Unterstützungsangebot der Wohnungsnotfallhilfe.

StRin Ciblis macht im Folgenden auf die Situation der Angehörigen mobiler ethnischer Minderheiten aufmerksam und spricht sich für weitere Hilfen für diese Zielgruppe aus. Ähnlich äußert sich hierzu auch StRin Dr. Hackl. Sie hält einen besseren Schutz für die mit ihren Eltern häufig mitreisenden Kinder für dringend notwendig.

In diesem Zusammenhang berichtet Herr Wohlmann, dass es den Mitarbeiter/-innen der ZAS im Rahmen der aufsuchenden Arbeit bzw. der Straßensozialarbeit häufig gelinge, einen guten und vertrauensvollen Kontakt zu Familien aus dem Kreise der mobilen ethnischen Minderheiten aufzubauen, die sich gerade zu Zwecken des 'Broterwerbs' mit ihren Kindern in Stuttgart aufhalten würden. Die Familien würden im direkten Gespräch ebenfalls über Möglichkeiten und Zugänge der bestehenden Hilfs- und Integrationsangebote informiert und zur weiteren Beratung in die ZAS eingeladen, was manche Familien durchaus schon wahrgenommen hätten. Perspektivisch wolle man speziell für die Kinder noch weitere Angebote schaffen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache plädieren StRin Ciblis und StRin Dr. Hackl vor dem Hintergrund des vorhandenen Unterstützungsbedarfes der Zielgruppen für eine unbedingte Fortsetzung der Arbeit der ZAS auch nach Beendigung der aktuellen Förderung. Hierzu erklärt Herr Wohlmann, dass die Projektpartner gemeinsam mit der Landeshauptstadt Stuttgart Anfang des Jahres 2020 entscheiden wollen, in welcher Form die ZAS weitergeführt werde. Dabei wolle man auch die bereits im Zuge der Projektarbeit gemachten Erfahrungen sowie die künftigen Herausforderungen berücksichtigen. Der Referent bestätigt anschließend ebenfalls die Wichtigkeit des Angebotes im Gesamtkontext des Hilfesystems der Wohnungsnotfallhilfe. Eine vorübergehende Zwischenfinanzierung des Projektes sei beispielsweise mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) denkbar, so Herr Wohlmann. Ähnlich äußert sich zu diesem Thema auch Frau Reichhardt (SozA).

Im gleichen Kontext der Frage der künftigen Projektfinanzierung vertritt StR Dr. Mayer (AfD) die Auffassung, dass das Land Baden-Württemberg bzw. der Bund an den Kosten beteiligt werden müsste, da die Stadt Stuttgart nicht alleine für die Folgen der "Arbeits- und Armutsmigration" aus den EU-Staaten aufkommen könne.

Abschließend bedankt sich die Vorsitzende bei den Projektbeteiligten für ihre wichtige Arbeit.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GR Drs 936/2019 Kenntnis  
genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / de

## Verteiler:

- I. Referat SI  
zur Weiterbehandlung  
Sozialamt (5)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  3. Stadtkämmerei (2)
  4. Rechnungsprüfungsamt
  5. L/OB-K
  6. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS